

heutigen Markt
getrieben: 22
315 Stube, 1386
nen unverkauft:
Stube, 30 Kälber,
Hüh, Heberstand,
rubig, Heber-

Table with 2 columns: numbers and dashes. Includes dates like 11-14, 9-11, 41-44, 43-45, 43-49, 36-41, 28-31, 28-34, 47, 28-37, 28-37, 35-36, 34-35, 33-34, 28-31.

trüchtige Kühe
- Weiberstadt:
0, Kolbels 310

- Ludwigs-
schweine 17 bis
Herschweine 110
- Tullingen:
26-43, Misch-

st. für Donners-
tag: beinahe

Jahre, G. o. d.

iten
Landwirtschaft.

pranzeigel!

Nagold
he Tonfilm

rmfahne

Jahren 1929-32.

schwafter

Karten!

lung

Verwandte,
Serer am

1933

z. „Bären“
Hochzeits-

en. 1200

„Bären“

z. Ochsens“

a Wildberg.

rau
!

Nagold

öbel???

alten aufgebracht:
Erfle's Möbelwerk

rschön

, Kolonialwaren

te

billigste!

Bimsbaustoffe
Ball, Berner-
nauer zu Ihrem

Bohnenkaffee,
ne, Semmel-
kaffee, Bims-
stein

Alle Angebote
Vertreter

äger, Bau-
n in Sulz, R.
ix. 472

Heute abend
8 1/2 Uhr
Gesamtprobe
„Traube“

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“, „Majors Heimat“, „Die Stube vom Lager“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Sonn, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 13 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 16 Pfg. Postzustellgebühr, zuzügl. 36 Pfg. Beleglosgeld. Einzelnumm. 30 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Boller (Inh. R. Boller), Nagold



Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile ober oder unten Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Plakate 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Adress-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postf. No. Stuttgart 8118

Nr. 114 (Gegründet 1827) Donnerstag, den 18. Mai 1933 Fernsprecher St. 429. 107. Jahrgang

Der große Tag des Reichstags

Deutschland fordert Gleichberechtigung

Berlin, 17. Mai.

Berlin ist heute in Aufregung. Man erwartet mit Spannung die große Rede des Reichstanzlers und das Ergebnis der Reichstagsführung. Seit mittags 2 Uhr ist das Gebäude des Reichstages, wo der Reichstag tagt, in weitem Umkreis abgesperrt. Die Abgeordneten sind mit Ausnahme der Kommunisten fast vollständig erschienen. Die Tribünen sind überfüllt, in der Diplomatenloge sieht man neben den fremden Botschaftern und Gesandten den Kronprinzen. Auf der Bühne zu beiden Seiten des Präsidiums nehmen der Reichsminister, die Statthalter und die Ministerpräsidenten der Länder und Staatssekretär Reichner Platz. Die nationalsozialistischen Abgeordneten sind in der braunen Uniform erschienen.

Um 3.15 Uhr erscheint Reichstanzler Hitler in SA-Uniform, gefolgt von Reichsinnenminister Dr. Frick, während sämtliche Abgeordnete und die Tribünenbesucher sich von den Plätzen erheben.

Präsident Göring

eröffnet sofort die dritte Sitzung des Reichstages mit folgender Ansprache: Sie sind in einer ersten Stunde zusammenberufen worden. Es gilt, eine Schicksalsfrage unserer Nation. Wohl kaum jemals vorher war der Reichstag zu einer so ersten Frage, zu einer so ersten Stunde einberufen worden. Die deutsche Reichsregierung wünscht ihre Absichten und ihre Ziele in dieser schwierigen Frage dem deutschen Volk klar zu legen. Das Wort hat nunmehr unser Führer und Kanzler des deutschen Volkes.

Reichstanzler Adolf Hitler

führte aus:

„Abgeordnete! Männer und Frauen des deutschen Reichstages! Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräsidenten Göring gebeten, den deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt. Wenn ich dabei für die deutsche Regierung den Wunsch Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst nur jener Leidenschaft zu verdanken hat, die am Ende des Krieges Stolz, Eitelkeit und Berechnung der Völker verführte.“

Denn alle jene die Krisen verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidenden Fragen für alle Zukunft überlegen klar und vernünftig zu lösen, weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten.

Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde, und daher im Vertrag selbst ihre rechtliche Verankerung fand.

Die politisch-nationalen Probleme sind folgende: Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzziehung auf Auffassungen, die nur außerhalb eines nationalen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des Nationalitätenprinzips im Lauf des vorigen Jahrhunderts wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die aus anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Krime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe als eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die dem Nationalitätenprinzip in höchstmöglicher Umfang gerecht wurde. Je klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht die Blaupause des großen Krieges nicht ganz vergeblich hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre.

Tatsächlich entschloß man sich aber, teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Anlage und Unbilligkeit trugen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Europas ist gekennzeichnet durch die Überfüllung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit aller Kultur dem dort gemobten Lebensstandard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedung Europas für menschlich absehbarer Zeit herbeiführen, dann müßte man statt der unfruchtbar und gefährlichen Beschlässe, Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Ergüternmöglichkeit immer die Quelle von Völkerverfechtungen gewesen ist. (Stürmischer Beifall.)

Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, müßte man überlegen, wie eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchst möglichem Umfang gerecht würde. Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volk zu entziehen, ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiet weiterhin zu leben. (Erneute Zustimmung.) Die Meinung, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volks werde anderen Völkern ein nützlicher Dienst erwiesen, ist eine uninnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Vernachlässigung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann. (Zustimmung.) Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvolkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde. (Sehr richtig.) Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzumenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeschrieben wurde, war wenig umfänglich und im Ergebnis falsch. Denn die Umwandlung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsdienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltbörsenmärkten durch dauernde Preisunterbreitungen führte zu einer Überproduktion der Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft. Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann müßte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenproduktion der alle begünstigten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfang sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden. Es ist die Schuld des Verfallers Vertrags, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Redenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. (Beifall.) Deutschland hat diesem ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszu sehenden Folgen geradezu selbstmörderisch teure erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Verfaller Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn, um die gesamten Maßnahmen dieses Vertrages zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gekümpelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdinges unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen, denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. (Beifall.) Dieser Vorgang führte deshalb zu fürchterlicher Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsnorm. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht. Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte. (Zustimmung.) Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konfliktsstoffe zu vermeiden, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortwährende Lirruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Weltwirtschaft zu werden drohen. (Beifall.) Wenn im Völkerbund jede Abrechnung hinsichtlich des Nichts bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft liegen. Der Völkerbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Nichtgerüsteten bei solchen Anlässen keine wertvolle Hilfe zukommen zu lassen vermocht. (Erneute Zustimmung.)

Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptlücke der seit Jahren die Welt beherrschenden Göring. Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller. Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu sehen. Selbst bei aus schlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Stärke des europäischen Gleichgewichts eintreten, und damit so oder so der Keim

für spätere neue Gegenstände und neue Verwicklungen gelegt werden. (Stürmischer Beifall.) Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Weltwirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende oder müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft und Staatenordnung führen. Ein in kommunistisches Chaos verfallendes Europa würde eine Krise von unabsehbarem Ausmaß und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören. Es ist der tiefste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unheilvolle Entwicklung durch ihre aufrichtige und fällige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen nationalen Umwälzung:

1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines, die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaats und die Erhaltung des Begriffs Eigentum als Grundlage unserer Kultur.
2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion.
3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht. (Beifall.)

Wenn ich in diesem Augenblick bemüht als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung betonen, daß gerade um in diesem jungen Deutschland das tiefe Verständnis bereit, für die gleichen Gefühle und Bestimmungen sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. (Beifall.)

Die Generation dieses jungen Deutschlands, die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volks kennen lernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche den anderen zuzufügen. (Sehr richtig und Beifall.) Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet.

(Brausende) Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unseren eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. (Beifall.) Wir kennen daher auch nicht den Begriff des „Germanisierens“. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen und so weiter sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. (Erneuter stürmischer Beifall.) Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres die Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. (Zustimmung.)

Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht befristet werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden. Allein dieses Beträuen zum Rechtscharakter eines solchen Vertrags kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. (Beifall.) Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrag selbst begründet. Die deutsche Regierung wünscht dabei als Recht und Maß für ihre Forderungen nichts anderes als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen sowie die unbestreitbare Erkenntnis der kritischen und logischen Vernunft.

Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich eindeutig. Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen. Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerteilung der Welt in Sieger und Besiegte als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der ewigen Wehlosigkeit der einen Nation gegenüber den überfüllten Küstungen der anderen. Wenn Deutschland seit Jahren die Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

1. Ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist und deren Erfüllung unheilvoll verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung.
2. Weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man, ein solches Anrecht einer großen Nation zuzufügen zu können? Was bedeutet der Bortel eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwürdigung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben, genau wie das französische und, wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische. Was sind Erfolge einer wahrber-



gehenden Unterdrückung eines 65-Millionenvolkes gegenüber dieser unumstößlichen Tatsache! Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neu entstandenen jungen europäischen Nationalstaaten, als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution (Leb. Zustimmung). Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinn der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. (Zustimmung.) Denn Deutschland hat abgerüstet und Deutschland hat diese Abrüstung unter härtester internationaler Kontrolle vollzogen. 8 Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört. 13 Millionen Maschinen-gewehre, riesige Mengen Maschinengewehre, 91 000 Geschütze, 38,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstört oder ausliefern müssen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift. Unsere Schiffe wurden ausgeliefert, die Flugzeuge zerstört. Unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reservisten dadurch verhindert. Selbst die nötigen Waffen der Verteidigung blieben uns verweigert.

Wer heute, so rufte der Kanzler mit erhobener Stimme, versucht, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten, (Stürmisches Händeklatschen) und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt, oder hätte gar aufgerüstet, dessen Auffassung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unsinnig zurückweisen. (Erneute Zustimmung.)

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen daß Deutschland etwa personell den Verpflichtungen des Vertrags nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß die SA. und SS. der nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinn stünde, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reservisten der Armee handeln würde, ist unwahr! (Beifall.)

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel erleben: Am vergangenen Jahr fand in Brunn der Prozeß gegen Angehörige der nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angehörigen ständen in Beziehung zur nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkspolizeiregiments damit gleichzusetzen den Mitgliedern der SA. und SS. in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reservarmee darstelle. (Hört, hört.)

In derselben Zeit befand aber die SA. und SS. genau so wie die nationalsozialistische Partei überhaupt, nicht nur keine Beziehung zur Reichswehr, sondern sie wurde im Gegenteil als staatsfeindliche Organisation verfolgt, verboten und endlich aufgelöst! (Hört, hört.) Da, darüber hinaus, Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, Angehörige der SA. und SS. waren nicht nur von allen staatlichen Ämtern ausgeschlossen, sondern sie durften nicht einmal als Arbeiter in Heeresbetrieben aufgenommen werden. (Witruise und sehr wahr.) Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Tatsächlich ist die SA. und SS. der nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staats, des Reichs oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Befreiung der kommunistischen Gefahr, die Ausbildung ohne jede Ansehung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und Aufklärung, physisch-logische Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie ist eine Inkarnation der Aneignung eines mächtigen Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung früherer Klassenengstände und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Frontierlebens, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutz des deutschen Volks gegen die seit dem November 1918 das Volk bedrohende kommunistische Revolution. Eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermaßen können, die nicht so wie wir Millionen organisierten Kommunisten besitzen haben und nicht wie in Deutschland unter dem Terror litten, denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. SA. und SS. hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen.

Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrkräfte anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehre, die Turnvereine, die Bäder- und Schießgesellschaften und andere als Wehrmacht anrechnen. (Starker Beifall.) Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Reihen nicht in Kurechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reservisten der anderen bemut übersehen, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Mittel. (Erneute Zustimmung.)

Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volks und der deutschen Regierung zu erklären: Deutschland hat abgerüstet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100 000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt. Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als unlächer vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen und nach der heftigen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Wissen begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugesandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht worden.

Wenn aus Seiten Frankreichs nunmehr wieder die These aufgestellt wird, daß der Gleichberechtigung die Sicherheit entspreche müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen stellen:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Versailleser Vertrags, dem Eintritt in den Völkerbund, dem Locarnopakt, dem Kellogg-Pakt, den Schiedsgerichtsverträgen, dem Kriegsverhütungspakt usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die aus den internationalen Verpflichtungen von Deutschland noch übernommen werden sollen?

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermessliche Mengen an

Reiserflugzeugen, Tausende von Kampfflugzeugen, Tausende von schweren Geschützen, sowie alle technischen Mittel zur Führung des Krieges mit giftigen Gasen. Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung, demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen als die durch Koalitionen miteinander verbundene Abrüstungskonkordate? Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn andere Nationen ihrerseits bereit sind und dies Deutschland ebenso zugutekommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, keine gesamten militärischen Einrichtungen überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun. (Lebhafter Beifall.) Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtende Abrüstung durchzuführen, dann muß Deutschland zum mindesten auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Beifall.)

Dem Plan Mussolinis stimmt die deutsche Regierung zu. Auch der Plan des amerikanischen Präsidenten enthält die gleichen Gesichtspunkte. Es kann nur eine große Aufgabe geben, den Frieden der Welt zu sichern.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet die deutsche Regierung zu warmem Beifall. Sie ist bereit, der Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. (Lebhafter Beifall.) Sie ist bereit, sich an diesem Werke der Anordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon einmal betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann: den Frieden der Welt zu sichern. (Lebhafter Beifall und anhaltendes Händeklatschen.) Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Kämpfungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgas. Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist die deutsche (Beifall und Zustimmung), der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschlagnahmte und auch die Anlage von Grenzbesatzungen verbot. Deutschland würde die in dem Vorschlag des Präsidenten Hoover angebotene Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubringen. Dieser Vorschlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. (Beifall.) Wir aber haben keinen schärferen Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailleser Vertrages endgültig geheilt werden. Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt ist. Die deutsche Regierung wünscht sich über alle schwierigen Fragen mit den anderen Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Es muß, daß jede militärische Aktion in Europa, auch bei deren völligen Gelingen, gewissen an den Opfern in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.

Der Versuch, durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vorgeht, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterbrechung Rechtsgültigkeit erhalten könnte. (Erneuter Beifall.) Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden versucht wird, Deutschland Sanktionen anzudrohen, so könnte ein solches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür sein, daß wir durch die Forderung nach Abrüstung und Erfüllung der Verträge verlangen. (Zustimmung.) Ein solcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moralischen und tatsächlichen Außerkräftigung der Verträge selbst führen. (Erneute Zustimmung.) Deutschland würde aber auch in dem Fall seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Den politischen und

Tagespiegel

Reichspräsident von Hindenburg hat am Mittwoch den Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg und den stellvertretenden Führer der Deutschnationalen Front v. Winterfeldt, zum gemeinsamen Vortrag empfangen.

Im Auftrag des Reichsministers Dr. Göbbels fuhr der Referent im Propagandaministerium Hans Weidemann zur Weltausstellung in Chicago.

Die Sozialdemokraten haben im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium erucht, die Beschlagnahme des Vermögensbestands der Sozialdemokratischen Partei aufzuheben.

Wegen der Verhaftung von 10 in Aisch in Böhmen wohnenden Reichsdeutschen ist die deutsche Gesandtschaft im tschechoslowakischen Außenministerium vorstellig geworden.

Die Nationalsozialisten und „Nationalen“ haben im preussischen Landtag das Ermächtigungsgesetz eingebracht, das der Landtag und der Staatsrat am Donnerstag verabschieden werden. Es soll spätestens mit dem 1. April 1937 wieder außer Kraft treten.

Der anhaltische Landtag trat am Mittwoch zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der nationalsozialistische Präsident Dr. Nicolai wurde wiedergewählt.

Die im Verein deutscher Zeitungsvorleger zusammengefassten Zeitungen betonen in einem an den Reichskanzler gerichteten Telegramm, daß sie ihre Kraft freiwillig in den Dienst seiner Führerschaft für die politische Wiederaufrichtung des Staates und für die geistige und seelische Erneuerung der deutschen Nation stellen werden.

Zum Nachfolger des verstorbenen Bischofs von Münster, Dr. Johannes Boggenpohl, ist Domkapitular Heinrich Heusers aus Berlin ernannt worden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch abend pünktlich gelandet. Dr. Eckener ist in Südamerika zurückgeblieben. Norman Davis hat seine Abreise nach Genf verschoben.

wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fielen zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpften. (Beifall.) Jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Weg einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Abkühlung dieser, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Fall seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufzutrocknen zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die denn einzig mögliche Konsequenz zu ziehen.

Die sind bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die übrige Welt verzichtet. Die Wunden des Krieges und des Versailleser Vertrags müssen geheilt werden. Die deutsche Regierung wird sich aber unter keinen Umständen zu einer Unterbrechung nötigen lassen, die eine Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, nach weiterhin dem Völkereid anzugehören. Wenn auf diesen Methoden fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. Seit dem Tage der Unterzeichnung von Versailles haben sich in Deutschland 224 000 Menschen aus Not das Leben genommen. Diese Periode der menschlichen Gräueltaten muß abgebrochen werden. Die Nationen müssen sich zusammensetzen auf dem Boden des gleichen Rechts.“

Langanhaltender Beifall dankte dem Kanzler für diese Rede.

Die Reichstags Erklärung einstimmig angenommen

Nach der Rede des Reichskanzlers wurde folgender Antrag, der von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, dem Zentrum

Neue Nachrichten

Erster deutscher Angestelltenkongreß

Berlin, 17. Mai. Der Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestelltenverbände, Reichstagsabgeordneter Albert Forster-Danaja, hat für Freitag, den 19. Mai, den ersten deutschen Angestelltenkongreß einberufen. Am 18. Mai findet eine Tagung sämtlicher deutschen Angestelltenverbände statt, in der die Reueildung der deutschen Angestelltenfront vorgenommen werden wird.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, wird in dem Angestelltenkongreß über „Die Deutsche Arbeitsfront in der Deutschen Volkfront“ sprechen. Zu dem Kongreß entsenden je 50 000 Mitglieder der bisherigen Angestelltenverbände einen Vertreter. Da etwa 1,3 Millionen Angestellte in den bisherigen Einzelverbänden organisiert sind, wird man mit rund 30 Delegierten der Angestellten rechnen können. Hinzu kommen noch etwa 20 Vertreter des kleinen und etwa 60 Vertreter des großen Konvents der Deutschen Arbeitsfront sowie die Vertreter der Reichsleitung der RSDAP.

Keine Veröffentlichung vor gerichtlicher Klärung

Berlin, 17. Mai. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat allen Kommissaren, die in seinem Bereich in einzelnen besonderen Fällen eingeklagt sind, unterlagert, von sich aus Untersuchungsergebnisse in Korruptionsfällen an die Presse bekanntzugeben, bevor eine gerichtliche Klärung erfolgt ist. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme bildet die Beobachtung, daß manche in letzter Zeit erhobenen Anschuldigungen sich nicht nur als unbegründet erwiesen haben, sondern zum Teil auch auf läbliche Angebereien, insbesondere von früheren Angestellten, beruhen.

Strafverfahren gegen einen Abgeordneten

Berlin, 17. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion hat im preussischen Landtag einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Landrats Hansmann, Dortmund, wegen Verächtlichmachung der Frontkämpfer und anderer Vergehen eingebracht. Die Annahme des Antrages ist sicher.

Das Rote Kreuz im neuen Staat

Berlin, 17. Mai. In einer Besprechung zwischen dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, v. Winterfeldt, dem Reichsminister des Innern, Dr. Fricke, und dem bevollmächtigten Vertreter des Führers der RSDAP, Rudolf Heß, hat Winterfeldt die Erklärung abgegeben, daß das Deutsche Rote Kreuz die Ziele der nationalen Regierung zu den seinen mache und sich ihr mit allen seinen Gliedern für die Arbeit an Deutschlands Erneuerung zur Verfügung stelle. Auf Grund dieser Beforendungen wird nunmehr der Chef

des Sanitätswesens der SA., General-Oberarzt a. D. Dr. Hochstein, als besonderer Beauftragter des Reichsministers des Innern die weiteren Fragen klären. Das Deutsche Rote Kreuz ist Träger der völkerrechtlichen Aufgaben, die das Deutsche Reich auf Grund der Genfer Konvention zu erfüllen hat. Diese besondere Lage erfordert die wirksame amtliche Förderung des Roten Kreuzes.

Für Ordnung und Arbeit

Berlin, 17. Mai. Unter der Überschrift „Ordnung und Arbeit“ schreibt der Preussische Pressedienst der RSDAP, u. a.: Gemäß dem eindeutigen Willen von Reichs- und Parteiführung kann es nicht Aufgabe irgendwelcher Bünde und Vereinigungen sein, die auf dem Boden der nationalsozialistischen Revolution stehen, eigenmächtige Aktionen zu unternehmen, Kommissare einzusetzen usw. Nun, da fräftig gelegt ward, muß man darauf achten, daß man die Felle nicht mit weggeht oder den Befehl auf der Tenne in Trümmer trägt. Insbesondere muß fern irgendwelchem revo-lutionärem Ueberchwang, fern solchen Redensarten über den Schmutzfall von gestern, den wir jetzt geäubert in Besitz halten, die positive Arbeit aller der Stellen beginnen, die mit der Partei in gleicher Front marschieren. Es genügt nicht, daß die Vorstehenden aller möglichen Kampfstände alle zwei Tage gewaltige Kundgebungen für die gefährdeten Hünerzüchter, für die besetzte deutsche Kultur und ähnliche Dinge abhalten, mit Reden und Gefängen und Heulrufen. Jetzt ist die Zeit der produktiven Arbeit da, und jetzt wird sich auch in unseren Reihen die Spreu von dem Weizen sondern. Jetzt zeigt sich, wer Schwächer und wer Fachmann ist, wer sich Rappen machen will und wer jährliche Qualitätsarbeit leisten kann. Die Arbeit ist groß. Es ist z. B. für eine kulturelle Organisation ungleich wichtiger, sich darum zu kümmern, daß dem Hitler-Bild-Rißch Paroli geboten wird auf Flächenbehern und Lampenshirmen, oder daß der englisch-amerikanische Tanzstil aus deutschen Häusern verdrängt, als daß man irgendwelche Institute und Unternehmungen organisiert die sich dann nur unter Opfern aufrechterhalten lassen. Revolution bedeutet Arbeit und Gehirnung, nie darf sie durch hohle Reden und Mühen besiedelt werden, die lediglich Populäritätshaferei dienen.

Enttäuscht?

Berlin, 17. Mai. Nach den ersten Blätternachrichten aus London und Paris war man dort über die Kundgebung des Präsidenten Roosevelt ziemlich enttäuscht. Man hatte ein entschiedeneres Eintreten Roosevelts für die „Sicherheit“ erwartet. Im allgemeinen lag man die Kundgebung so aus, als ob darin hauptsächlich Hitler ernstlich verwahrt werden sollte, weiter mit dem Gedanken der „Ausrüstung“ Deutschlands zu spielen.

und der Bayerischen Volkspartei eingebracht war, einstimmig angenommen:

Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in diese für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.

Nach dem Gesang des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes vertagte sich dann der Reichstag.

Die Sozialdemokraten stimmen für die Erklärung

Berlin, 17. Mai. Nach der heutigen Kabinettsratsitzung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, der Erklärung zuzustimmen, die nach der Kanzlerrede dem Reichstag vorgelesen wird und in der die Regierungserklärung gebilligt und die Gleichberechtigung Deutschlands gefordert wird.

Die Friedensrede des Reichskanzlers

Das Echo im Reich

Berlin, 17. Mai. Der Eindruck, den die große Rede des Reichskanzlers in politischen Kreisen gemacht hat, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch den Hinweis auf die Einstimmigkeit und Einmütigkeit, mit der am Schluß der Reichstagsitzung die von Präsident Göring verlesene Entschließung angenommen wurde. Auch auf den Tribünen konnte sich niemand der Gewalt des Augenblicks entziehen, als sich der ganze Reichstag von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten wie ein Mann erhob. Das Deutschlandlied, das dann überall, im Saale, auf den Tribünen und Rängen, erklang, war eine spontane Kundgebung einheitlichen Willens und zugleich eine Huldigung für Adolf Hitler.

In politischen Kreisen wird die Erklärung des Reichskanzlers als eine Friedensrede gewertet, die noch einmal mit aller Klarheit den aufrichtigen und ersten Willen der Reichsregierung herausstellt, an dem großen Werk einer wirklichen internationalen Entspannung und Beilegung mitzuarbeiten. Die Entschließung über die weitere Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt liegt jetzt außerhalb Deutschlands. Wohin man mit den bisherigen Methoden kommt, das hat der Kanzler mit geradezu zwingender Logik vor Augen gestellt. Dieser Teil der Kanzlerrede war eine eindringliche und erste Warnung an die ganze Welt, war ein Appell an die Vernunft, dem sich niemand entziehen kann, der wirklich den Frieden will. Er wurde noch hervorgerufen durch die Aufzählung dessen, was wir auf dem aktuellen Gebiet der Abklärung geleistet haben, und dem Hinweis auf die erschreckende Zahl von einer Billionen Menschen, die in Deutschland unter der Herrschaft des Verfallens und der Verwirrung wirtschaftlichen Grubens ihrem Leben ein Ende gemacht haben. Niemand im Saale konnte gerade diese Ausführungen des Kanzlers ohne tiefste Bewegung hören. Man kann nur wünschen, daß sie im Ausland gleichermäßen verstanden werden.

Aus Hamburg und dem Westen liegen bereits die ersten Pressestimmen zur Reichskanzlerrede vor. Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt, man spüre aus dieser Rede nicht einen Hauch von Arroganz. Es komme freilich nur ein Friede auf dem Boden der Gleichberechtigung in Frage. Jeder Ausländer, der nicht von Leidenschaft verblindet sei, müsse bekennen, daß die Welt getrost die Angriffswaffen aus der Hand legen könne, ohne für die eigene Sicherheit zu fürchten. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, Essen, betont, wenn eine Verständigung auf dem Boden gleichen Rechts überhaupt möglich sei, wenn es noch einen Weg der Vernunft gebe, so habe ihn der Reichskanzler in seiner Rede aufgezeigt. An den anderen sei es nun, diesen Weg endlich zu beschreiten. Die „Sächsische Volkszeitung“ sieht die seltene Wirkung der Rede Adolf Hitlers in der krassen Zusammenfassung aller Gesichtspunkte, unter denen die Weltlage im allgemeinen und die Lage Deutschlands im besonderen zu betrachten sei.

Der Eindruck der Kanzlerrede im Ausland

Der Eindruck, den die Kanzlerrede in Washington hinterließ, ist als vorzüglich zu bezeichnen. Associated Press veröffentlicht den wörtlichen Text der Rede, der von allen früheren Blättern der Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung der Ausführungen des Reichskanzlers angefordert wird.

Präsident ROOSEVELT, der einen Teil seiner Jugendzeit in Deutschland verbrachte und die deutsche Sprache gut versteht, schaltete sich während der Uebersetzung der Rede des Reichskanzlers durch die National Broadcasting Company ein und hörte, umgeben von seinem gesamten Sekretariat, die Rede an. Sowohl im Weißen Haus wie auch in Kreisen des Staatsdepartements wurden die Ausführungen des Reichskanzlers mit großem Beifall aufgenommen. Man erkennt Hitlers weitgehendes Entgegenkommen in der Frage der Angriffswaffen hoch an und begrüßt seine Zustimmung zu Roosevelts Vorschlag eines Nichtangriffspakts. Man erwartet jetzt mit Zuversicht eine erhebliche Besserung der Atmosphäre sowohl in Deutschland wie auch bei den bevorstehenden Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz.

In London rufen kurz nach der Rede des Reichskanzlers bereits die Kraftwagen der Abendblätter mit Auszügen aus der Rede durch die Straßen. Das Publikum, das der Erklärung Hitlers mit der größten Spannung entgegengelehen hatte, riß sich um die Blätter, die auf der vordersten Seite in großer Aufmachung das Bild des Reichskanzlers trugen mit fettdruckten Ueberschriften wie: Hitler sagt: „Wir wollen Frieden“, „Gewalt wird die Dinge nur schlimmer machen“, „Ein neuer Krieg würde Wahnsinn sein“. Alle Blätter heben den Angriff des Reichskanzlers auf den Versailles Vertrag hervor. Evening Standard betont, daß die ganze Welt gespannt darauf war, zu hören, was der Reichskanzler über das Wiederaufrücken Deutschlands und zu der Botschaft des Präsidenten Roosevelt zu sagen hatte, und gibt als Antwort die Rede des Reichskanzlers wieder: „Wir wünschen nicht wieder aufzurufen. Es ist der aufrichtige Wunsch der deutschen Nation, im Frieden mit allen anderen Nationen zu leben.“ In Londoner Börsenkreisen ist die Rede des Kanzlers recht günstig aufgenommen worden; die Tendenz war nachbarschaftlich fest; deutsche Anleihen waren weiter erholt. Die Reichsmark konnte ihren Stand auf 14,40 bessern.

Zur selben Zeit, als der Reichskanzler seine Rede begann, hielt es das liberale Unterhausmitglied Rander für angebracht, die Einbringung einer Vorlage anzuregen, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, die Einfuhr deutscher Waren zu verbieten, falls es sich um die Durchführung einer durch die Völkerverbundung vorgesehenen Sanktion handle. Es bedurfte dazu eines Hinweisens Sir Austen Chamberlains, daß ein solcher Antrag nicht eingebracht werden könne, solange nicht eine dringende Notwendigkeit dafür vorliegt. Chamberlain bemerkt jedoch dieselbe Gelegenheit zu einigen Ausfällen gegen Deutschland. U. a. erklärte er, daß er von seinen viel kritisierten Äußerungen im Unterhaus am Gründonnerstag nichts zurückzuziehen habe.

Nus Stadt und Land

Nagold, den 18. Mai 1933.

In Kämpfe grundsätzlicher Art gegen jede düstere Ansicht von der Zukunft.

Dienstnachrichten:

Die Bewerber um die Partei Spielberg, Def. Nagold, haben sich binnen drei Wochen beim Evang. Oberkirchenrat zu melden.

Gewerbeverein Nagold

Der Gewerbeverein lädt auf heute abend 8 Uhr nicht nur seine Mitglieder, sondern alle Gewerbetreibenden von Stadt und Bezirk zu seiner außerordentlichen Generalversammlung in die „Traube“ ein. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung: „Gleichhaltung und Neuwahl des gesamten Ausschusses“ ist vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Tonfilmtheater

Heute abend 8.15 Uhr der aktuelle Film vom Aufbau der Bauern „Unter der schwarzen Sturmflagge“.

Das Konzert auf zwei Klavieren

von Hildegard Jense und Professor Dr. Hermann Keller, das am Samstag, 20. Mai, abends 8 Uhr im Festsaal des Seminars stattfindet, darf auf ein großes Interesse der Musikfreunde unserer Stadt und von außerhalb rechnen. Die junge einheimische Künstlerin wird zusammen mit ihrem Lehrer, dessen Ruf als einer der bedeutendsten Musiker Württembergs auch weit außerhalb der Landesgrenzen gebrungen ist, einige der schönsten Werke der klassischen Klavierliteratur und außerdem eine Komposition unseres heimischen Komponisten K. Th. Schmid, vortragen. Zu Anfang Sachs unterbische Passacaglia (Variationen über ein 8-taktiges Motif) in der Bearbeitung von Hermann Keller, sodann das berühmte Krönungskonzert von Mozart, so genannt, weil es Mozart 1790 bei der Kaiserkrönung Leopolds II. in Frankfurt selbst vortrug; ferner das gedankenreiche und bedeutende Präludium mit Fuge von K. Th. Schmid, das kürzlich bei seiner Aufführung in der Dreiecksfassung in Stuttgart großen Erfolg hatte, und zum Schluß die glänzenden Viertes Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven. Dieses interessante Programm darf uns einen genussreichen Abend erwarten lassen. Karten für Mitglieder des Musikvereins und Vorkonzerte ermäßigt im Vorverkauf in der Buchhandlung Jailer, Nagold.

Vorsicht bei den neuen 8- und 12 Fig.-Marken

An den Postfilialen werden gegenwärtig Briefmarken zu 8 und 12 Pfennig verkauft deren Kopfbild (Hindenburg) und Farbentönung gleich sind. Bei schwachem Tageslicht, vollends aber bei Lampenlicht, kann man diese beiden Marken überhaupt nicht oder nur durch aufmerksames Prüfen der Wertezahlen unterscheiden. Es liegt auf der Hand, daß sich dadurch für den Briefversender, wie für den Briefempfänger oft recht unangenehme Folgen ergeben können. Aber auch für die Schalterbeamten, die diese beiden gleichfarbigen Marken zu verkaufen haben, können unliebsame Verwechslungen entstehen.

Kurzmeldungen des Stahlhelm



Wehrsport Nagold

Feldmarschmäßig heute abend 8 Uhr antreten beim Stahel (bei Regenwetter Ordnungszug).

10 Jahre Frauentienst am Volke

Bund Königin Luise.

Am sonntäglichen Morgen des 14. Mai erfüllten die Frauen im blauen Dienstkleid des B.K.V. das Stadtbild Berlin. Überall traf man große und kleine Gruppen, die sich am Mausoleum in Charlottenburg und am Denkmal der Königin Luise, im Lustgarten und vor dem Dom ergingen. Immer wieder traf man frische, jugende Junggruppen, und der Heilgruß des Bundes klang froh über die Straßenbreite. „Bund Königin Luise steht zehn Jahre im Freiheitskampf!“ grüßt es in den künstlerisch ausgeführten Plakaten von den Anschlagssäulen. In den Nebenstraßen stehen ganze Reihen mit Kornblumengewinden geschmückte Verkehrswege. Gegen 12 Uhr ruft eine Weibsstunde im Dom, die der Domprediger D. Doehring unter das Philippertwort stellte: „Gott ist es, der in Euch wirkt, beides das Wollen u. das Vollbringen!“ Dann zieht ein nicht endenwollender Strom zum Sportpalast, in dem ebenso wie in den Parallelerksammlungen, im Clou und in der Kroll-Oper die festliche Kundgebung um 3 Uhr ihren Anfang nimmt.

Der Einzug der Frau Kronprinzessin als Schirmherrin des Bundes und der Führerinnen, gefolgt von der unendlichen Reihe der Bimmel, lösten einen Jubel aus, der nicht Ausdruck der Leidenschaft einer hingeworfenen Masse war, sondern der Jubel im Tiefsten ergreifener Herzen. Auch wer große u. einbrunnsolle Kundgebungen in den Jahren des Kampfes kritisch zu erleben gewöhnt war, muß bekennen, daß hier etwas Außergewöhnliches, etwas Besonderes sich ereignete. Eine Gemeinschaft tritt in die Öffentlichkeit, die nicht allein durch das einheitliche blaue Bundeskleid, sondern vor allem durch die innere Verbundenheit und eines gleichgerichteten Willens sich führen läßt, kämpferisch und doch nicht die Linie des Fräulichen verläßt, in krasser Disziplin, getragen von der Liebe zum Volk. Diese Liebe klingt durch die Ansprachen, deutlich aber auch spricht zu den Mitlebenden das Bekenntnis, daß das Fundament alles Kampfes, aller Arbeit bei Führerinnen und Geführten die Gebundenheit ist an den Unmöglichen Helfer droben.

Die Bundesführerin Frau v. Habeln entwickelte in ihrer programmatischen Rede die Aufgaben und Ziele der Bundesarbeit im Rahmen der deutschen Revolution. Frau Else Sennermann, Gründerin des Bundes, begrüßte die Frau Kronprinzessin, die Vertreter der Behörden, der Wehrverbände, des Stahlhelms, die Vertreterinnen der nationalsozialistischen Frauenschaft und der finnischen Frauenbewegung, die Ehrengäste, die 30 000 Bundeskameradinnen dieser und der gleichlaufenden Versammlungen und darüber hinaus alle, die Anteil nehmen am B.K.V. Sie gab ein lebendiges Bild von der vielfältigen Arbeit, die in zehn Jahren geleistet worden ist. Acht Kameradinnen begannen das Werk. Heute sind mehr als 150 000 Frauen und Mädchen im Bunde zusammen geschlossen.

Dann betrat jubelnd begrüßt, die allverehrte frühere Führerin Frau Marie Kög das Rednerpult. Sie sprach vom drei-

Advertisement for SALEM ALEIKUM cigarettes. The ad features a large illustration of a cigarette pack with the brand name 'SALEM ALEIKUM' in bold letters. Below the pack, it says 'FORMAT: DICK FLACH %M MACEDONISCH'. At the bottom, the words 'EXTRA' and 'MILD' are written in large, stylized fonts, with a large '3 1/3' indicating the number of cigarettes per pack. A small crest with the letters 'HFF' is visible at the top of the pack illustration.

haben Glauben des B.K.L. An das Volk, an den gütigen Gott und seine Hilfe; vom Ziel: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland; vom Wege zu diesem Ziel, der zehn Jahre Kampf bedeutete.

Erregend war der Augenblick, als die Frau Kronprinzessin das Rednerpult betrat. Eine Frau sprach zu Frauen, eine Mutter zu Müttern, eine Kameradin zu Kameradinnen. Begeisterte Zustimmung fand die Frau Kronprinzessin, als sie sprach: „Wenn wir den heutigen Jubiläumstag in freudiger und zuversichtlicher Stimmung begehen dürfen, so bringen wir nationalen Frauen, die sich von nun an in breiter Front zusammengeschlossen haben, dem Herrn Reichsführer Adolf Hitler unseren von Herzen kommenden Dank dar, dafür, daß mit unter seinem Schutze unsere vaterländische Aufgabe ungehemmt erfüllen können.“

Freiher von Medem, Reichspräsident des Stahlhelms brachte Grüße und Glückwünsche des B. d. N. Fr. Gottschewski, die Führerin der deutschen Frauenfront, übermittelte Wunschgrüße der in der NSDAP vereinigten Frauenschaften. Oberbürgermeister Dr. Sahm brachte Grüße der Stadt Berlin und gab dem Wunsche Ausdruck, daß wie der Reichsführer dem deutschen Volke den Arbeiter gewonnen hätte, es einmal heißen möge, der B. K. L. habe dem deutschen Volke die deutsche Frau gewonnen.

Nicht endenwollender Jubel begleitete die Schirmherrin und die Führung beim Verlassen des Sportparks. Diese Tagung wird eine Kraftquelle sein, allen, die sie erleben durften. Heber allem stand das Leitwort der Bundesführerin: „Es ist unsere heiligste Aufgabe, Treue zu lehren und Treue zu halten.“

W.L.B. stellt neues Sportflugzeug in Dienst

Der Württembergische Luftfahrt-Verband e. V. wird am Samstag, den 20. ds. Mts. das ihm von Herrn Reichsminister für Luftfahrt als Ehrenpreis für die Leistungen im Rhön-Wettbewerb 1931 überreichte dreisitzige Klemm Flugzeug D 247 in Dienst zu stellen. Zwei weitere Charterflugzeuge des Deutschen Luftsport-Verbandes werden in den nächsten Wochen dem Württ. Luftfahrtverband übergeben werden.

Fettsteuer

Der Präsident des Finanzamts Stuttgart teilt mit: Aus Ausführungen, die dem Herrn Reichsminister Dr. Hugenberg in den Mund gelegt sind („Landwirtschaft, Wochenblatt für deutsche Bauernpolitik, zeitgemäße Volks- und Landwirtschaft“ Nr. 18 vom 4. Mai 1933) konnte geschlossen werden, daß nur die ausländischen d. h. die verbrauchsfertig aus dem Auslande eingeführten, und die im Inlande aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Fette und Speisefette steuerpflichtig seien.

Nach der Fettsteuerverordnung und den Fett-St.D.B. (R.Z.H. 33 S. 150 ff.) unterliegen aber — da Ausnahmen nicht vorgesehen sind — alle in § 1 (2) Fett-St.D.B. genannten Fette, wenn sie im Geltungsbereich der W. hergestellt oder in den Geltungsbereich eingeführt werden, der Fettsteuer. Damit trifft die Steuer auch die Erzeugnisse, die ganz oder teilweise aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden, z. B. Speisefett aus inländischer Mohnsaat; Kunstspeisefett durch Mischung von inländischem Schmelzfett mit inländischem Talg hergestellt; gehärteter Tran aus inländischem Tran hergestellt; Margarine, teils aus ausländischen, teils aus inländischen Rohstoffen usw.

Bergebung von Bauarbeiten.

Die Zimmer-, Flächner-, Schmiebe-, Gipfer- und elektr. Installationsarbeiten sind zu vergeben zu dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Heinrich Weil in Ebershard.

Unterlagen sind am Montag, den 22. Mai, mittags 2-7 Uhr bei dem Unterzeichneten einzusehen.

Angebote sind bis spätestens Freitag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, einzureichen. Zuschlag vorbehalten.

Der Architekt G. J. Gauß, Nagold, Weingartenstraße 21.

Solide Existenz

mit Hochbegehren bieten wir tüchtigen, arbeitsfreudigen Herrn am Plage b. einer selbst. Bez.-Vert. mit Verteilungsstelle (kein Reisen). 1240

Einständige Interessenten, die an intensives und gewissenhaftes Arbeiten gewohnt sind und über etwas Startmittel verfügen, wollen sich melden.

Apparatebau Stuttgart, Seestr. 97.

Rennen Sie den herrlichen Duft

einer Bergwiese? Wissen Sie woher er kommt? Von all den Heilpflanzen die die gütige Mutter Natur uns Menschenkindern beschert zur heiligen Anwendung in gesunden und kranken Tagen. Wollen auch Sie den hohen Wert dieser Kräuterlein kennen lernen? Seit Jahren gibt es in den Apotheken die auf den Bergen des Rhöngebirges gesammelten Heilkräuter. Es sind dies die 4 verschiedenen Mischungen des wegen seiner Heilkraft und seinen Wohlgeschmades im In- und Ausland berühmten

Rhöner Gebirgs-Kräuter-Tee

Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Nictias, Hegen-schub, Arterienverfaltung, Magen- und Darm-behwerden, Appetitlosigkeit, Nieren und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschw. Beine, Wasser sucht, Fettleibigkeit etc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verkehlung, Bron-chialkatarrh, Asthma, Lungenleiden etc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinig-keiten.

Rhöner Gebirgs-Kräuter-Tee ist ein medizinischer Tee und daher bei Keilenden u. Hausfrauen nicht zu haben, sondern nur in Apotheken. Es gibt keinen besseren und preiswerteren. Jetzt ist die günstigste Jahreszeit für diese Teetur.

Zu haben in Nagold in der Apotheke.

Wirksam alle 14 Tage. Jedes Päck nur 30 Pfennig



Christlicher Erzähler

Abonnements übernehme bei G.W. Zaiser, Buchhdlg., Nagold.

Kohrdorf, 17. Mai. Der Bezirkskriegertag steht nun vor der Tür, daß er diesmal durch die beispiellose nationale Erhebung einen außergewöhnlichen Charakter erhält, ist nicht zu bezweifeln. Im Festzug werden, nach den vorliegenden Anmeldungen, an die tausend Mann aufmarschieren. Das ganze Programm wird sich mit militärischer Pünktlichkeit und Kürze abwickeln. Kohrdorf selbst bringt den Beweis, daß es diesen ersten Kriegertag nach dem vaterländischen Frühling wert gewenig.

Walldorf, 16. Mai. Jungschütztreffen. Die Wanderzeit, die gibt uns Freude! Das war Tatsache geworden für alle die zahlreichen Jungschützen der evang. Jungmännervereine aus dem Bezirk Nagold am letzten Sonntag. Mit rühmlichem Wanderschnitt zogen sie ein. Das stille Gehagen, daß über diesem Ort lag, gab die richtige sonntägliche Stimmung mit auf den Weg und es war, als ob die Glocken mit den Schallwellen auch dieses feierliche Ereignis hinausverbreiteten. Gegen 2 Uhr war Sammlung in der Kirche. Die Ansprache des Ortsgeistlichen, welcher Sprüche 8, 17 jurunde lag, machte auf alle Jubelnde tiefen Eindruck. Dieser kirchlichen Feier folgten frohe Stunden in der freien Natur, die zwar durch Regenwasser wiederholt gestört wurden. Unter flotten Marschschritten bewegte sich ein langer Zug durchs Dorf auf den Konhardter Berg. Auf dem grünen Rasen war allen Teilnehmern volle Bewegungsfreiheit geboten und man vergnügte sich mit allerlei Spielen (Wettkampf in Handball, Weitwurf und Stofflauf). Der Volkenschor Walldorf sorgte auch hier für die Abwechslung. Gegen 5 Uhr wurde das „ganze Halt“ gebieten. Die Veranstaltung ludte Jung und Alt aus Walldorfs Mauern und brachte allen frohe Stunden. Gemeinsamer Rückmarsch ins Dorf beschloß diesen ersten Bundesjungschütztag, welcher in jedem Bezirk im ganzen württ. Bundesgebiet an diesem Sonntag „kantate“ abgehalten wurde. „Ein unvergeßlich schöner Tag!“ jubelten die einen; eine „gründlich verregnete Wanderung!“ erklärten die andern. — Beide hatten recht. — Rühlig voran!

Nustringen O.H. Herrenberg, 17. Mai. Tödlicher Unfall. Das 3½-jährige Söhnchen Kurt des Schreiners Wolf wurde von einem Lastauto überfahren. Das Kind starb sofort.

Letzte Nachrichten

Begeisterte Zustimmung der Vereinigten Vaterländischen Verbände zur Reichstanzlerrede.

Berlin, 17. Mai. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands haben folgendes Telegramm an den Reichstanzler geschickt: Begeistert stimmen wir Ihren Ausführungen im Reichstage zu. Das war wahre Staatskunst, Holze und würdige Vertretung unseres getrockneten Volkes.

Schweres Explosionsunglück in München.

Ein Toter, sieben Schwerverletzte.

München, 17. Mai. In der am Ostbahnhof gelegenen Reichsbrandwein-Monopolgesellschaft ereignete sich heute nachmittags zwei Spiritusexplosionen, durch die ein Arbeiter getötet und sieben schwer verletzt wurden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Einschränkung der Vollmacht

Berlin, 17. Mai. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat die Kommissare beim Reichsverband der Deutschen Industrie Dr. h. c. Wagener und H. Müller, M. d. R. darauf hingewiesen, daß ihre Vollmacht sich nur auf den Geschäftsbereich des Reichsverbands der Deutschen Industrie und der ihm angeschlossenen Verbände erstreckt, und daß sie sachlich nur so weit geht, die Anpassung dieser genannten Verbände an die neue Wirtschaftsführung zu gewährleisten. Die Ernennung Dr. von Rentlers zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelslags ist ungültig.

Sport-Nachrichten

Waisfahrt des K. i. V. Esfringen.

Freundschaftsspiel Grafenberg - Esfringen 1:4.

Zum ersten Mal wieder seit einigen Jahren hat sich der K. i. V. Esfringen entschlossen, einen Ausflug zu machen und in Verbindung damit den vorjährigen Pfingstbesuch des Sportvereins Grafenberg zu erwiedern. In froher Gelanngstimmung ging am Sonntag früh durch das Gau nach Bablingen, von dort über Schönaich, Waldenbuch das abwechslungsreiche Aichtal abwärts über Hürtingen nach Reußen. Herrlich war der Aufstieg zur Kutze Hohen-Reußen, eindrucksvoll der Blick von oben. Nach der Vesperpause ging wieder abwärts durch das Städtle Reußen zum Auto. Nach kurzer Fahrt sind wir am Reifjesel Grafenberg angelangt, wo Esfringens einjähriger Lehrer, Hauptlehrer Binder seine früheren Schüler willkommen hieß. Nach dem Fußballspiel verbrachten wir noch einige Stunden mit den Grafenbergnern Sportlern in schöner Stimmung, bei Gesang, Musik und Tanz. Das Spiel selbst konnte Esfringen trotz der Reise-Strapazen überzeugend gewinnen. Auf beiden Seiten wurde sehr fair gekämpft. Esfringen schien sich auf dem angeweideten Boden und in dem jähen Lehmboden besser zu rechtzufinden als die Grafenberner selbst. Grafenberg kombinierte zu viel und schief nicht. Das Fußball war zu hoch, so daß der Ball meist im Dreck stecken blieb und vom Gegner leicht weggebracht werden konnte, wogegen die Esfringer Angriffe durch weite Vorlagen aus der Läuferreihe an den Sturm immer sehr gefährlich waren.

Zeitschriftenchen

Die neue Ernährung.

Unter diesem Titel legen die „Süddeutschen Monatshefte“ ihr Maiheft 1933 vor. Man wird vielleicht fragen, ob denn die Zeit ein so „unpolitisches“ Heft rechtfertigt, oder nicht vielmehr andere, vordringlichere Probleme Erörterung heischen. Aber reich wird sich der Leser überzeugen, wie tief das Heft hineinführt in wichtige Lebensfragen der deutschen Nation: Es handelt sich da um weit mehr als um Gesundheit und Wohlergehen des einzelnen, es handelt sich um das Wohl des Volksganzen. Den wichtigsten und verbreitetsten Lebensmitteln des täglichen Bedarfs sind — entsprechend ihrer Bedeutung in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung — umfangreiche Einzel-darstellungen gewidmet.

Und alle in obiger Spalte angegebenen Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold, Bestellungen entgegen.

Ebhäusen, den 17. Mai 1933
1246

Dankfagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Verlust unseres lieben Satten und Vaters
Jakob Schöttle
Gemeindepfeger a. D.
für die zahlreiche Leichenbegleitung von hier und auswärts sagen den innigsten Dank
Familie Schöttle.

ARGUMENT Füll-Fix
5.75

der billigste durchsichtige Halter bei
G. W. Zaiser, Nagold
Nagold 1243

Biehverkauf
Morgen Freitag, von morgens 7 Uhr ab habe ich wieder einen frischen Transport schöne trächige
Kalbinnen
in meiner Stallung in Nagold zum Verkauf stehen, wozu Kauf- und Tauschliebhaber einladet
Friedrich Kahn.

Verkaufe meine
Schloßberg-Halbe
Wer? sagt die Gesch. Stelle des Blattes. 1242
Sommer Sprossen
sind für niemand eine Zierde
Frucht's Schwänenweiß
1.60 u. 3.15
macht die Haut bleichlos rein
Vorstadtdrog. W. Lettsche.

Wer erteilt 1241
Zither-Unterricht
(für Konzertzither?)
Angebote an die Gesch. Stelle d. Blattes.
Suche auf 1. Juni ein kräftiges
Mädchen
für Küche u. Haushalt
Carl Weidlich z. Röhle Calw. 1245
Eierverhandlungen
empfiehlt
G. W. Zaiser, Nagold.

Suche per sofort ein nur ehrlich, fleißig, zuverlässiges, gesundes, jung.
Schwarzwalder-Mädchen mit Familienanschluss zu allen häusl. Arbeiten. Soll auch ab und zu in der Gärtnerei/Berwahrung finden. Angebote mit Gehaltsanprüchen erst. Zeugn. mit Bild sind zu richten an
August Gehner, Gastwirt, Raltenbusch bei Zweibrücken, Rheinpf.
Verlaufe 6/30
Wanderer-Imoufine
sehr gut erhalten, Bauj. 27. Verpreis 800.— RM.
J. Sprenger, Cnsfmettingen, Württ

Tonfilmtheater Nagold
Ab Donnerstag 8.15 Uhr
„Ein Volk erwacht“
Freiheitsfilm der Bauern aus den Kolljahren 1928-32.
„Unter der schwarzen Sturmflagge“
Tonfilm in 11 wahrheitsgetreuen Akten. Ein ganzes Dorf aus Ostpreußen wirkt mit.
Vorher tönendes Beiprogramm. 1247

Fahrpläne und Kursbücher
empfiehlt G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold
Bergebung von Bauarbeiten
Zu dem Neubau eines Wohn- und Oekonomiegebäudes des Jakob Sindlinger jun. in Nagold sind die Grab-, Beton-, Mauer-, Dachdecker-, Zimmer-, Flächner-, Gipfer-, Schreiner-, Glaser-, Schloßer- und elektr. Installationsarbeiten zu vergeben. Unterlagen sind am Montag, den 22. Mai, mittags 2-7 Uhr bei dem Unterzeichneten einzusehen.
Angebote sind bis Freitag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr einzureichen. Zuschlag vorbehalten.
Der Architekt G. J. Gauß, Nagold, Weingartenstraße 21. 1249

Der Raub der Mona Lisa
endlich aufgeklärt!

Lesen Sie darüber des
interessanten Tatsachen-
Bericht in der Mischen
„Menschen“ Nr. 23
Soeben erschienen und für 20 Pfg. vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Für Vereinsfeste:
Fähnchen
Gurlianden
Dekorations-Crêpe
Schwarz-Weiss-Rot
Papierlaternen
Größte Auswahl.
G. W. Zaiser.

Loba-Wachs
Loba-Beize
Farbholzwachs
empfehlen durch den Reichsverband
Deutscher Hausfrauenvereine

Württemberg

Stuttgart, 17. Mai,

Keine Eingriffe der Kommissare. Der Staatskommissar für Landwirtschaft teilt mit: Die Kommissare haben sich in letzter Zeit mehrfach veranlaßt gesehen, auf Grund besonderer Vorkommnisse Eingriffe auch in landwirtschaftliche genossenschaftliche Unternehmungen (Darlehenslassenvereine, landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften), landwirtschaftliche Vereine, landwirtschaftliche Zusammenschlüsse u. a. vorzunehmen. Um von jetzt an eine einheitliche Regelung der Verhältnisse in derartigen Unternehmungen zu gewährleisten, ordne ich im Benehmen mit dem Württ. Wirtschaftsministerium an, daß solche Eingriffe unter allen Umständen zu unterlassen sind, daß sämtliche etwa vorhandene Mißstände in solchen Organisationen mir zu melden sind und daß ausschließlich von meiner Dienststelle aus die Vereinigung derartiger Unregelmäßigkeiten in die Wege geleitet wird. gez. Adorno.

Zum Vorsitzenden der „NS.-Arbeitsgemeinschaft akademisch gebildeter Landwirte“ wurde für die Landesgruppe Württemberg Dekonomierat Ulrich Hutten, Landwirtschaftsschule Gaildorf, ernannt. Die in Frage kommenden Landwirte in Württemberg werden gebeten, ihre derzeitige Anschrift unmittelbar und sofort Dekonomierat Hutten bekanntzugeben.

Schutz des Einzelhandels. Eine Vollzugsverordnung des Wirtschaftsministeriums zu dem Gesetz zum Schutz des Einzelhandels bestimmt u. a., daß über die Zulassung von Ausnahmen von den Verbotsvorschriften der §§ 2, 3 und 4 des Polizeipräsidenten Stuttgart und die Oberämter entscheiden. Gegen einen ablehnenden Bescheid dieser Behörden ist binnen zwei Wochen Beschwerde an das Wirtschaftsministerium zulässig, das endgültig entscheidet. Zur Unterjagung der Ausübung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs (§ 35 b, Abs. 1 Gew.O.) ist der Bezirksrat zuständig. Gegen eine auf Unterjagung lautende Entscheidung des Bezirksrats ist der Rekurs an das Landesgewerbeamt zulässig. Ueber Anträge auf Wiederyulassung zum Gewerbebetrieb entscheidet das Landesgewerbeamt.

Unentgeltliche Schulschulpflege durch die Zahnärzte. Anlässlich der Ernennung des Stadthalters für Württemberg hat der Vorstand der württ. Zahnärzteschaft dem Reichsstatthalter Württ. die Versicherung gegeben, als Pflichtleistung gegenüber unserem Volk die zahnärztliche Unterhaltung der Schulkinder sowie die Aufführung in Wort und Bild ehrenamtlich, also kostenlos, zu übernehmen.

Höhere Prüfung für den Volksschuldienst. Auf Grund der im April d. J. in Ulbingen abgehaltenen Prüfung haben 9 Teilnehmer die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt.

Erste Volksschuldienstprüfung. Auf Grund der im Februar und März an den Lehrerbildungsanstalten Gmünd und Soultgau und an der Lehrerinnenbildungsanstalt Gmünd abgehaltenen ersten Dienstprüfung haben 38 Bewerber und 29 Bewerberinnen die Befähigung zur Verleihung unfähiger Stellen an katholischen Volksschulen erlangt.

Ein Ehepaar gasvergiftet. Heute vormittag kurz nach 11 Uhr wurde in einem Haus der Militärstraße ein längeres Ehepaar gasvergiftet aufgefunden. Während die Ehefrau tot war, waren bei dem Mann die Wiederbelebungsversuche erfolgreich. Ob Unfall oder Selbstmord vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Stiftung für die Opfer der Arbeit. Die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart, ist vom Innenministerium als Hauptkassierstelle für Württemberg bestellt worden. Sie nimmt selbst Spenden für die Stiftung entgegen (Postfachkonto 2825, Landespostkasse 580, Stadtkasse Postfach Stuttgart 2640) und bittet alle württembergischen Sammelstellen, die bei ihnen eingegangenen Gaben durch die Hauptkassierstelle zu leiten, oder wenigstens ihr mitzuteilen, welche Beträge unmittelbar an das Konto „Stiftung für Opfer der Arbeit“ bei der Reichscreditgesellschaft, Berlin W 8, Konto Nr. III b, abgeführt worden sind.

Wanderlehre über Obst- und Gemüseverwertung. Die Württ. Landwirtschaftskammer beabsichtigt, im Laufe des Sommers wieder viertägige Wanderlehre über häusliche Obst- und Gemüseverwertung zu veranstalten. Es werden alle wichtigen Verfahren zur Haltbarmachung von Obst und



Minister Frank ehrt die österreichischen Gefallenen
Nach seiner Ankunft in Wien legte der bairische Justizminister Dr. Frank am Gefallenendenkmal des Flughafens, am „Löwen von Alpern“, im Auftrage des Reichsanzlers Adolf Hitler einen Kranz für die gefallenen österreichischen Brüder nieder.

Gemüse besprochen und praktisch vorgeführt. Das Kursgeld beträgt pro Teilnehmer 2 M. Landwirtschaftliche Vereine, Obst- und Hausfrauenvereine, die derartige Kurse wünschen, werden gebeten, ihre Anträge bis spätestens 12. Juni bei der Württ. Landwirtschaftskammer, Stuttgart-W., Marienstr. 33, einzubringen.

Verlegung der Sonder-Inventureverkäufe. Vom Polizeipräsidenten Stuttgart wird mitgeteilt: Auf Antrag der Vertretung des hiesigen Einzelhandels hat das Polizeipräsidentenamt mit Rücksicht auf das Deutsche Turnfest bestimmt, daß in Stuttgart die diesjährigen Sommer-Inventureverkäufe und Inventureverkäufe nicht, wie in der Ausverkaufsverordnung vorgesehen ist, vom 3. Samstag im Monat Juli ab, sondern erst in der Zeit vom 3. bis 17. August 1933 — je einschließlich — abgehalten werden dürfen. In diesem Zusammenhang weist es darauf hin, daß der Einzelhandelsausschuß des Württ. Industrie- und Handelstages und der Wettbewerbsausschuß der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels die Abhaltung von Sonderveranstaltungen innerhalb des Zeitraums von 8 Tagen vor Beginn und 8 Tagen nach Beendigung der Sommer- und Inventureverkäufe als unzulässig anseht. Der Geschäftswelt wird in ihrem eigenen Interesse dringend nahegelegt, solche Veranstaltungen in der angeführten Zeit zu unterlassen. Gegen Auswüchse wird mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Schaufenstersteuer unzulässig. In zahlreichen Gemeinden wird der Gedanke erwogen, eine Schaufenstersteuer für Filialgeschäfte einzuführen. Durch eine solche Steuer will man vor allem Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte usw. treffen. Eine Nachprüfung der Rechtslage hat aber, so heißt es in der Württ. Gemeindezeitung, ergeben, daß es sich bei einer solchen Steuer um eine Sondergewerbesteuer handeln würde, die unzulässig ist. Eine Schaufenstersteuer der beschriebenen Art werde von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt werden. Die Einführung der Steuer erübrigt sich aber auch deshalb, weil zurzeit vom Reichsfinanzministerium eine Steuerentlastung vorbereitet wird, die eine besondere steuerliche Erfassung der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Versandhäuser vorzieht, mithin die gleichen Ziele verfolgt, die mit der Schaufenstersteuer angestrebt werden sollte.

Neubestätigung der Ortsvorsteher. Auf Einladung von Bürgermeister Rath-Lustnau versammelte sich der Ausschuh der Vereinigung der württ. Ortsvorsteher. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Regierung daran denke, alle Ortsvorsteher einer Neubestätigung und einer damit verbundenen Prüfung ihrer Tragbarkeit im neuen Staat zu unterstellen. Würde für die Ortsvorsteher das italienische Podest-System kommen, so sei es selbstverständlich, daß der Ortsvorsteher, der in diesem Fall Funktionär der Regierung und nicht mehr Gemeindebeamter sei, der Nationalsozialistischen Partei angehören müsse. Im übrigen sollte man den Beamten Zeit lassen, sich umzustellen. Er finde vielfach, daß Leute, die sich 1918 für die Revolution begeistert haben, nun wieder auf der Siegerseite stehen. Mit diesen aber sei kein Staat zu machen. Solche Leute aber, die heute innere Kämpfe bestehen, werden, wenn sie erst für den neuen Staat gewonnen sind, diesem auch treu ergeben sein. Die Vornahme neuer Ortsvorsteherwahlen komme nicht mehr in Betracht, auch in Zukunft keine zeitliche Anstellung mehr, die Lebensfähigkeit werde also in gewissem Sinn wieder kommen. Vorstand Rath erklärte sich sodann zu seinem Rücktritt bereit. Die Landesversammlung, welche die Neuwahlen vorzunehmen hat, wird auf Anfang Juli d. J. nach Stuttgart berufen. Bis dahin sollen auch die Fragen des Beitritts der Ortsvorsteher zur NSDAP. geklärt werden.

Keine Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Der Gaubetriebsstellenleiter der NSDAP. für Württemberg-Hohenzollern gibt folgendes bekannt: In letzter Zeit sind wiederholt Eingriffe ins Wirtschaftsleben seitens unverantwortlicher NSDAP-Amtswalter gemacht worden. Dieselben sind unsittlich und mit der Wiederaufbauarbeit in Staat und Wirtschaft unvereinbar. Die technische, kaufmännische Führung und Stellenbesetzung in den Betrieben ist nicht Sache der NSDAP-Amtswalter. Der Führer verlangt, daß alles unterbleibt, was die Betriebe und die Wirtschaftsführung auch nur im geringsten erschüttern könnte. Sollten in irgend einem Betrieb Mißstände vorliegen oder von Seiten des Arbeitgebers Willkürakte vorgenommen werden, so haben sich die NSDAP-Amtswalter einzig und allein an die Gaubetriebsstellenleitung Stuttgart zu wenden.

Denkmal der Arbeit. Der Berliner Magistrat beschäftigt sich in seiner Sitzung am Mittwoch u. a. mit der Errichtung eines Denkmals der Arbeit in Berlin. Das Denkmal soll ein wichtiges Gebilde aus Stein oder Bronze werden von riesigen Ausmaßen, fast drei Stockwerke hoch, auf einer Grundfläche von 25 Quadratmeter. Es soll einen Arbeiter darstellen. Um ihn werden sich der Gelehrte, der Bauer, der Soldat, der Handwerker, der Künstler, der Gewerbetreibende, die Mutter mit dem Kind und der Greis gruppieren. Der Bau wird etwa eine Million kosten und soll aus freiwilligen Spenden zusammengetragen werden. Bauberr ist die Stadt Berlin.

Eine Richtigeilung. Gegenüber der Ritzteilung des Bürgermeisters Rath-Lustnau in der Ausschuhfassung der Vereinigung württ. Ortsvorsteher in Stuttgart ist richtigzustellen, daß Wilhelm Jundel von Schwaigern nur vorübergehend in Haft war und seit 25. April sich wieder auf freiem Fuß befindet.

Kottienburg, 17. Mai. Pfarrbesoldungsbeitrag 1933. Der Beitrag der kath. Kirchengemeinden zur Besoldung der Geistlichen ist für 1933 wiederum auf 360 M. festgelegt worden. Ermäßigung oder Nachlaß des Pfarrbesoldungsbeitrags können nur nach in Ausnahmefällen bewährt werden, da der Ertrag der Kirchengemeinden, die seit Jahren nach Möglichkeit gesenkt worden ist, erheblich zurückgeht.

Leonberg, 17. Mai. Im Konsumverein darf nach der Gleichhaltung wieder gekauft werden. In der letzten Gemeinderatsitzung stellte Stadtrat Egg (SPD) den Antrag, daß die städtischen Arbeiter weiterhin im Konsumverein ihre Einkäufe machen dürfen. Stadtrat Abels (NS.) stellte hierzu fest, daß laut Bekanntgabe die Konsumvereine nun auch gleichgeschaltet seien und demnach keine Veranlassung mehr zu einem Verbot bestehe, bis weitere Regelung erfolgt sei.

Unterschlagungen. Die des „Leonberger Tagblatt“ erwähnt, ist man in der Stadt Schußfabrik größerer Unterschlagungen, die schon längere Zeit zurückliegen sollen, auf die Spur gekommen. Der Geschäftsführer der Fabrik, Engelried, wurde auf dem Landjägersationskommando verurteilt.



Ohne hinzuschauen wußte Alfred, daß es Marianne war. Um Holtens eine Erklärung zu geben, berichtete er, daß es sich um Bekannte handelte, mit denen er in den ersten Tagen seines Hierseins zusammengewesen sei.

Das Spiel der Militärkapelle aus dem Hauptaal, die soeben die italienische Nationalhymne intonierte, entband ihn von weiteren Erklärungen. Alle Gäste erhoben sich von ihren Plätzen, und nach diesem feierlichen Akt fing Alfred schnell ein anderes Gesprächsthema an.

Nach dem Diner setzte man sich in zwanglosen Gruppen in die riesige Hotelhalle, deren saalartiger Umfang durch geschickte Aufstellung von Palmenarrangements und Tisch- und Sesselgruppen eine hübsche Aufteilung erfahren hatte. Die Festäle sollten erst dann geöffnet werden, wenn die Ehrengäste aus dem Hauptpfeisaaal erschienen, und das konnte bei den zahlreichen Toasten, mit denen man dort das Diner unterdrück, noch etwas dauern.

Endlich löste sich die Festtafel auf. Der Kronprinz erschien mit seinem Gefolge auf dem illuminierten Balkon, und lebhaft Ovationen wurden ihm von den Italienern dargebracht. Dann begann in den unteren Räumen der Ball.

„Gott sei Dank, daß die Fete da oben vorüber ist“, sagte Käte, als sie in Ehrhardts Begleitung in dem allgemeinen Tumult endlich ihre Angehörigen bemerkt hatte. „Kinder, war das eine feiste Sache! In allen Sprachen redete man auf mich ein, und ich habe zu allem immer nur ja und „oui“ und „yes“ und „si“ gesagt. Jetzt wollen wir aber fidel sein.“

Eben begannen die ersten Klänge der Tanzmusik. „Kommen Sie, Herr Wenger“, rief Käte impulsiv. „Sie

machen sich ein ernstes Gesicht, als ob wir uns schon im Gebirge verirrt hätten. So weit sind wir aber noch nicht. Jetzt wird erst einmal getanzt.“

Alfred bot ihr den Arm, und bald verschwanden sie im benachbarten Tanzaal. Ehrhardt schloß sich mit Marga an, und so blieb dem Professor nichts anders übrig, als allein nach einem passenden Tisch zu suchen.

Alle Gäste sahen im Freien unter sternbedätem Himmel. Es war eine herrliche, lauwarme Nacht, dicht vor der Terrasse dröhnte die wildrauschende Brandung des Adriatischen Meeres, in der Ferne leuchteten die Lichter der englischen und italienischen Kriegsschiffe, und weit vor den Lagunen sandten die Leuchttürme geheimnisvoll ihre Strahlendübel auf die dunkle See.

Nach dem ersten Tanz erwartete Professor Holtens seine beiden Töchter mit ihren Begleitern auf dem Terrassengarten neben dem Kabarett- und Theaterfächen, das den Namen „Chez-Vous“ führte. Im Chez-Vous selbst wurde nur getanzt, die Tische standen draußen, von zahllosen Blumen und Palmen umgeben.

Zum nächsten Tanz holte Alfred Marga, die sich mit Leib und Seele dem ungewohnten Genuß dieses Festes hingab. Käte tanzte mit Ehrhardt und wurde später von den verschiedensten hohen Offizieren, von ihren deutschen und ausländischen Sportskameraden so oft zum Tanze geholt, daß Alfred nur noch mit Marga zum Tanz kam.

Bei einem dieser Tänze sah er sich plötzlich für die Dauer einer Sekunde Marianne gegenüber. Als sie ihn sah, markierte sie plötzlich eine solch übertriebene Freundlichkeit ihrem Tanzpartner, Dr. von Kamp, gegenüber, daß Alfred das Gefühlslose ihres Wesens sofort erkannte.

Ruhig beendete er den Tanz und lehrte mit Marga zum Tisch zurück. Als wieder die Musik ertönte und mit einem Straußischen Walzer begann, da hielt es auch den Professor nicht mehr am Tisch.

„Komm, Kind“, sagte er zu Marga, „jetzt wollen wir einmal zeigen, wie man einen Wiener Walzer tanzt.“

Alfred blieb allein am Tische zurück. Doch bald erhob

er sich, um die Gelegenheit wahrzunehmen und einen kleinen Rundgang durch die festlichen Räume zu machen.

Mitten auf dem Tanzboden des hinteren Terrassengartens plätscherte eine Beuchfontäne, und dahinter, nur durch einige Stufen getrennt, glitzerten unter großen, sich im Nachtwinde wiegenden Palmen unzählige elektrische Lämpchen. Alfred schritt durch den geheimnisvollen Zaubergarten und wandte sich dem Strande zu.

Bevor er den Garten an seiner tiefsten Stelle betrat, blieb er an einer Mauerbrüstung stehen. Gedämpft drang die Tanzmusik bis zu diesem abgelegenen Winkel, von dem Brausen des Meeres überdönt. Sonst herrschte ringsum eine feierliche Stille. Doch da flüsterten einige Stimmen unter der Brüstung auf dem tiefer gelegenen Gartenweg.

Alfred schaute hinunter und sah, daß man sich dicht unter ihm leise unterhielt. Ein junges Mädchen lag in den Armen eines Mannes, und wiederholt küßten sich beide, ringsum alles vergessend.

Eben wollte sich Alfred unbemerkt zurückziehen, da trat der Rond in voller Größe aus einem verhüllenden Wolkenranze hervor und beleuchtete mit seinem weißen Lichte den Garten und die beiden Liebenden. Es waren Marianne und Dr. von Kamp, Alfred hatte sie deutlich erkannt. Aber die beiden mußten wohl gehört haben, daß jemand an der Brüstung stand, denn schnell entfernten sie sich dem Strande zu.

Unbeweglich blieb Alfred stehen. Also das war das Mädchen, das noch vor drei Tagen bereit war, seine Frau zu werden. Siebzehn Jahre zählte sie, er war ihre erste Liebe, und heute schon war das vergessen.

„Pfui Teufel“, sagte er, „welch ein Schwindel ist doch die ganze Liebe!“

Leise berührte ihn eine kleine Hand.

„So dürfen Sie nicht reden“, flüsterte eine ihm wohlvertraute Stimme.

Erschrocken wandte sich Alfred um und sah sich Käte Holtens gegenüber. „Wo kommen Sie denn her?“ fragte er ganz erstaunt. (Fortsetzung folgt.)



Schneeberg, 17. Mai. Das geheimnisvolle Paket. Letzte Woche lag vor der Haustüre des hiesigen Postboten ein Paket mit der Aufschrift „Voricht beim Öffnen“. Mit größter Vorsicht wurde das Objekt von dem Postbeamten in schonendster Weise und respektvoller Entfernung abgelegt. Was nun aber mit dem geheimnisvollen Fund tun? Bürgermeister und Polizei berieten hin und her, dann wurde beschlossen, daß die Polizei dem Paket zu Leibe rücken soll. Behutsam wurden Schnur und Hülle entfernt. In atemloser Spannung und gewisser Furcht blickte man der kommenden Ereignisse in den nächsten Sekunden. Jedoch keine Explosion, keine Bombe platzte. Vielmehr lag auf dem Grund der Hülle friedlich eine uralte, doppelläufige Pistole. Mit einem Seufzer der Erleichterung und gegenläufigen vielstündigen Blicken wurde das Wordinstrument wieder eingepackt und an die zuständige Stelle weitergegeben.

Gegen Konjunkturritter

Der Reichsbund Deutscher Angestellter-Berufsverbände hat nachstehendes Schreiben an den Reichsminister Adolf Hitler gesandt:

Sehr verehrter Herr Reichsminister! Die Entwicklung der Verhältnisse in zahlreichen Betrieben veranlaßt unsere heutigen Zeilen. Wir müssen die Feststellung machen, daß Personen, die nach vor wenigen Monaten mit Eifer und Fanatismus gegen das nationale Deutschland gekämpft haben, heute versuchen, im nationalen Lager das große Wort zu führen. Das geht in einzelnen Fällen bis zu dem Bestreben, auf unseren nationalen Pflichten gewählte Angestellten- und Betriebsräte gewaltsam zu beseitigen. Wir, die wir immer im Lager der nationalen Opposition gekämpft haben und uns mit treudigem Herzen hinter die unter Ihrer Führung stehenden Regierung gestellt haben, sind überzeugt, daß solche Vorkommnisse nicht in Ihrem Sinne liegen. Wir haben, sehr verehrter Herr Reichsminister, eine Ehrenliste der deutschen Nation, in der die Namen der Männer und Frauen verzeichnet sind, die für die Nation ergriffen durch das nationale Deutschland gekämpft haben, als noch Befehrmittel und Opfermännchen dazu gehörte, sich für den jetzt angebrochenen nationalen Staat einzusetzen. Diese Ehrenliste der deutschen Nation ist die Einzeichnungsliste beim Volksbegehren gegen den Youngplan. Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister, deshalb einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen zu wollen, daß

1. Niemand heute irgendwie zurückgesetzt werden darf, der in dieser Ehrenliste der deutschen Nation verzeichnet ist;

2. Bei Neuaufbau des Staates der Neubefestigung von Stellen und der Berufung zu Ehrenämtern — einschließlich zum Beispiel der Berufung zu Betriebs- und Angestelltenräten und zu den Selbstverwaltungskörpern der Sozialversicherung — in erster Linie die in der Ehrenliste der deutschen Nation Verzeichneten heranzuziehen sind.

Mit der Versicherung treuer Gefolgschaft zu Ihrer Regierung zeichnen wir ganz ergebenst Reichsbund Deutscher Angestellter-Berufsverbände, gez. Erich Schmidt, R. d. R.

Gerichtssaal

Hauptgericht Rechenburg. Verhandlung gegen den verurteilten 57 Jahre alten Bergbahnschaffner Karl Kallfak von Wildbad. Der Angeklagte, dem Amtsunterprüfung zur Last gelegt wird, erscheint aus der Haft. Der Vorsitzende verliest die Anklage und fordert den Beklagten auf, ein Geständnis abzulegen, das in seinem eigenen Interesse das Beste wäre. Der Angeklagte erwidert, daß er sich seiner Schuld bewußt sei. Als erster Zeuge wird Bergbahnermeister Gutsch vernommen. Er stellt Kallfak das glänzendste Zeugnis aus und betont, daß er auf K. das tiefste Vertrauen setze. Darüber gefragt, wie es komme, daß K. immer nur so wenig Geld abgelieferte, sagt der Zeuge aus, daß ihm dies nicht aufgefallen sei. Auch bei der Jahresabrechnung sei es ihm nicht aufgefallen, daß K. nur 136 Mark abgeliefert habe, wogegen die anderen Schaffner 500-600 Mark in derselben Zeit abgeliefert hätten, mit Ausnahme des H. Treiber, der aber immer noch mehr abgelieferte als der Angeklagte. Die Aufstellungen, die der Zeuge Polizeikommissar Knaupp gemacht habe, habe er nicht nachgeprüft. Das Gericht rügte, daß nicht auch Statistiken geführt werden über die Einnahmen der Bergbahnschaffner; es hätten durch dieses Verfahren sicher solche Zustände nicht einreichen können. Gutsch sagt, daß jetzt dieses Verfahren eingeführt sei. Die nun folgenden Zeugen Weber, Doro Köhle, Gust. Etzel, Gustav Krieger und Pol.-Kommissar Knaupp belasten den Angeklagten sehr stark, auch der Zeuge Gutsch kommt teilweise bei ihnen nicht so glatt davon. Da nach dem Dafürhalten des Staatsanwalts der Angeklagte als überführt betrachtet werden könne, legt er die Summe der verurteilten Gelder nur auf 3 bis 4000 Mark fest und betont, daß dies nach vorläufiger Schätzung und ohne die Wintermonate berechnet sei. Er beantragt gegen K. wegen Vergehens gegen § 150 St.-G.-B. eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Die Unteruchungshaft werde nicht eingerechnet. Der Verteidiger des Angeklagten tritt mit berechneten Worten dem Staatsanwalt gegenüber und beantragt Freisprechung des Angeklagten. — Der Vorsitzende forderte den Angeklagten nochmals auf, ein Geständnis abzulegen. Der Ange-

klagte beharrt auf seinen schon gemachten Ausführungen. Das Urteil lautete auf 14 Monate Gefängnis unter Weglassung des beantragten Ehrverlustes. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Ein Haftentlassung kann nicht stattfinden, da durch eine solche erst recht Verschleierungs- u. Verdunkelungsgefahr bestehe. Strafverfahren sei, daß der Angeklagte hartnäckig auf seiner Unschuldserklärung beharre. — Berufung ist eingelegt, so daß damit zu rechnen ist, daß die Strafkammer Tübingen die Sache noch beschäftigen wird.

Tübingen, 17. Mai. Ein schwerer Junge. Der 50-jährige Schuhmacher E. Trampelmann wurde am 28. Febr. ds. Js. von der Strafkammer wegen schweren Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er ist wegen verschiedener gleicher und wegen schwerer Eigentumsverbrechen schon oft und zum Teil mit langen Zuchthausstrafen vorbestraft. Trampelmann lehnte den damaligen Verhandlungsvorsitzenden wegen „Besonnenheit“ ab, dann er habe durch Bekanntgabe seiner Vorstrafen bewirkt, da er seine Stelle als Gärtner bei einer studentischen Verbindung verloren habe. Der Angeklagte hatte damit aber kein Glück, das Reichsgericht hat das Tübingen Urteil nunmehr bestätigt.

Vom Schutzhäftlager Heuberg

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nur Besuche im Schutzhäftlager Heuberg durch das Innenministerium genehmigt werden, denen eine stichhaltige Begründung angefügt ist, und daß nur das Innenministerium, keinesfalls aber das Oberamt zur Entlassung der Schutzhäftgefangenen zuständig ist. Es ist also eine irrtümliche Auffassung, zu glauben, die Entlassung von Schutzhäftlingen würde von der Kommandantur des Schutzhäftlagers Heuberg verzögert oder verhindert werden, wenn sie vom Oberamt befürwortet ist. Die Entlassung verläuft allein das Innenministerium. Sie wird vom Schutzhäftlager sofort ausgeführt, sobald die Entlassungsbefugnis vom Innenministerium bei der Kommandantur eingetroffen ist.

Die Tätigkeit der Kommandantur ist eine sehr vielseitige. So z. B. ist man auch im Schutzhäftlager nicht müßig, an der Aufklärung von Straftaten, die draußen im Lande vorgekommen sind, mitzuwirken. Interessant dürfte die Mitteilung sein, daß es durch die rührige Arbeit der Beamten der Ermittlungsabteilung des Schutzhäftlagers gelungen ist, verschobene Waffen in großer Anzahl allein in einer Ortschaft aufzudecken und allein 15 Einbruchdiebstähle in Heidenheim aufzuklären.

Aus aller Welt

Rückkehr des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte am Dienstagabend auf dem Rückflug von Südamerika eine Zwischenlandung in Sevilla. Der weitere Flug erfolgte ungefähr in der Linie der spanisch-portugiesischen Grenze. Am Mittwoch früh wurde die Bucht von Biscaia erreicht. Das Luftschiff wird am Soñnamittag in Friedrichshafen erwartet.

Das „Kahnenwürgen“. Der preußische Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß bei Leistungsprüfungen von Jagd- und Herdenhunden Staatspreise nur noch für solche Leistungsprüfungen vergeben werden, bei denen das Fehlen der Hunde auf lebende Tiere (Kahnenwürgen) nicht einbezogen ist.

Ehrgang Juristenaugens. Die österreichische Regierung hat dem Generalmusikdirektor Kurt Wänigler anlässlich des Brahmajubiläums das Große goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen.

Großfeuer. In einer Feinmüllfabrik in Rotterdam entstand durch Explosion eines großen Leichterballons ein Brand, der die ganze Fabrik zerstörte. Wegen der sich ausbreitenden Giftgase mußte die Feuerwehr sich auf die Rettung der anliegenden Häuser beschränken, die zum Teil schwer beschädigt wurden. 18 Arbeiter wurden verletzt, 4 davon lebensgefährlich.

Rundfunkvortrag Dr. Frants. Am Donnerstag, 18. Mai, abends 8.50 bis 9.15 Uhr übernehmen der Deutschlandsender und alle deutschen Sender einen Vortrag des Reichsjustizkommissars Dr. Frants über „Deutsches Recht“.

Vom Arbeitsdienst. Polizeioberst a. D. Müller (Brandenburg) ist zum Leiter der Aufführungs- und Presseabteilung ernannt worden.

Aufgehobenes Feltungsverbot. Der südlawische Innenminister hat das seit längerer Zeit bestehende Verbot des „Böhmischen Beobachters“ nunmehr aufgehoben.

Handel und Verkehr

Reichsbankausweis vom 15. Mai

Notendeckung 8,5 v. H.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Mai 1933 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 153,2 auf 3315,6 Mill. M. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 73,4 auf 3386,5 Mill. M. verringert, der Umlauf an Scheckmünzen um 0,6 auf 385,2 Mill. M. verringert. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 55,8 auf 1399,0 Mill. M. ab. Die Bestände der Reichsbank an Scheidemünzen haben sich auf 277,0 Mill. M. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 358,5 Mill. M. eine Abnahme um 1,4 Mill. M. Die Goldbestände haben um 15,5 auf 355,0 Mill. M. und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 11,8 auf 87,6 Mill. M. abgenommen. Die Abnahme an Deckungsmitteln ist zum größten Teil auf die Bereitstellung von Devisen für die Teilkreditzahlung aus dem Ueberbrückungskredit des Reichs (See Higginfin u. Co.) zurückzuführen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen betrug am 15. Mai 14,2 Prozent gegen 14,7 Prozent am 6. Mai d. J. Nach Abzug der noch bestehenden kurzfristigen Devisenverbindlichkeiten in Höhe von 45 Mill. Dollar stellt sich die Deckung auf 8,5 v. H. gegen 9,1 v. H. am Ende der Vorwoche.

Nicht zu viel organisieren!

Die nationale Regierung hat dem überflügten wirtschaftlichen Liberalismus den Krieg erklärt, soweit er allein auf das privatwirtschaftliche Gemeinwohl gerichtet war. Sie will aber eine gesunde Privatinitiative keineswegs ausschalten und hat gerade in den letzten Tagen den Organisations-Überreifer untergeordneter Stellen energig zurückgewiesen. Im Bund für Nationalwirtschaft und Wertgemeinschaft in Berlin führte der Staatssekretär im

Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bang aus: Den Keim in der künftigen Gemeinwirtschaft hat die freie Persönlichkeit des arbeitenden, aber auch des unternehmenden Menschen zu bilden. Die Auslese der echten Unternehmerpersönlichkeit wird aus den Betrieben selbst heraus erfolgen müssen und nicht durch Prüfungskommissionen festzustellen sein. Vor allem dürfen keine neuen kollektivistischen Zwangsrichtungen geschaffen werden. Vor der Umlegung großer Ideen in organisatorische Spekulationen ist dringend zu warnen! Also nicht alles um jeden Preis organisieren wollen, nicht das Gebilde, Triebhafte durch Paragrafen erschlagen! Nicht die Organisation, sondern die Gefinnung muß maßgebend sein. Wir wollen von unten heraus wachsen lassen, nicht von oben her einfach anordnen, nicht das Haus vom Dach aus zu bauen anfangen.

Der deutsche Geist muß sich die richtigen Formen für sein Eigenleben selbst suchen und wird sie von selbst finden. Reine blinde Nachahmung des Auslandes! Die Demokratie hat vom Westen abgeschriebe und nachgemacht, der Kommunismus vom Osten. Wir dürfen jetzt nicht vom Süden abschreiben, also nicht den Faschismus blind nachmachen wollen. Der Staat wird als vielleicht nur bestimmte Richtlinien geben, er wird es aber den einzelnen Berufsständen überlassen, sich ihre Arbeitsformen selbst zu schaffen. Am allerwenigsten dürfen die künftigen Berufsstände bloße Interessenvertretungen sein; das führt zur Auflösung des Gemeinheitsgedankens. Also nicht die technische Profession, sondern die ständige Pflicht gegenüber dem Ganzen muß die Grundlage der Berufsstände sein. Der alte, echte Gewerkschaftsgebanke, nämlich der aus der Arbeits- und Betriebsgemeinschaft heraus entstehende, muß herrschen, nicht das politische Instrument. Zu einem solchen darf der Berufsstand nie und nimmer werden! Der Staat aber soll über der Wirtschaft stehen und nicht als Konkurrent innerhalb der Wirtschaft.

Berliner Pfundkurs, 17. Mai. 14,125 G., 14,165 B.
Berliner Dollarkurs, 17. Mai. 3,825 G., 3,834 B.
100 franz. Franken, 17. Mai. 16,53 G., 16,57 B.
100 Schweizer Franken, 17. Mai. 81,12 G., 81,28 B.
100 österr. Schilling, 17. Mai. 45,45 G., 45,55 B.
100 belg. Franc, 17. Mai. ohne Ausl. 12,25.
Preisdiskont, 17. Mai. 3,875 v. H. kurz und lang.
Wirt. Silberpreis, 17. Mai. Grundpreis 41,70 M. d. Rg.

Zinsenkämpfung bei der Städt. Spar- und Girokasse Stuttgart. Ab 1. Mai 1933 läßt die Städt. Spar- und Girokasse Stuttgart folgende Zinsherabsetzungen eintreten: für Hypotheken, die zur Finanzierung von Neubauten unter erhöhtem Bauzins gegeben wurden, von 5% auf 3 Prozent, für sonstige Hypotheken von 6 auf 5% Prozent, für laufende Kredite von 6% auf 5 Prozent. Die Einlagezinsen bleiben unverändert. Die Spar- und Girokasse geht davon aus, daß die Ermäßigung auf eine in Aussicht zu nehmende allgem. Zinsenkämpfung angerechnet wird.

Vergleichsverfahren: Friedrich Schaeffle, Sattlermeister, Kirchheim u. Tod.

Stuttgarter Börse, 17. Mai. Die heutige Börse war bei Renten gehalten, in Aktien sehr fest. Am Rentenmarkt waren Wirt. Goldpfandbriefe bei lebhafter Nachfrage und nachlassendem Angebot zu den gestrigen Kursen gehalten. Wirt. Pfandbriefe 75,8 Prozent (plus 2,25). Der Aktienmarkt war bei großen Umsätzen sehr fest. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 17. Mai. Weizen märk. 19,80-20; Roggen 15,40-15,60; Futter- und Industrieernte 18,80-17,60; Hafer 13,60-14; Weizenmehl 23,50-27,75; Roggenmehl 21,15 bis 23,15; Weizenkleie 8,80-9; Roggenkleie 9-9,20.

Bremen, 17. Mai. Baumwollmarkt. Mittl. Stand. loco. 9,93.
Magdeburger Zuckerpreise, 17. Mai. Innerhalb zehn Tagen 32,25; Mai 32,20 und 32,25; Juni 32,40. Tendenz ruhig.

Ausbau der Habsburgerstraße? Wie verlautet, soll die Regierung den Gedanken wieder aufgenommen haben, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms an die Ausbesserung der Habsburgerstraße (der nur für Kraftwagen bestimmten Straße von Hamburg über Frankfurt nach Basel) heranzutreten. Zunächst müßten allerdings noch umfangreiche Vorarbeiten vorgenommen werden. Die Kosten für die 830 Kilometer lange Strecke sind auf durchschnittlich 300 000 Mark je Kilometer, insgesamt also auf 253 Millionen veranschlagt. Ob es möglich sein wird, einen so ungeheuren Betrag für eine reine Luststraße aufzutreiben, mag dahingestellt bleiben.

Versuch zur Wiederherstellung des Silberwerts. In einer Zusammenkunft von Wirtschaftsexperten der Beteiligten Staaten, Kanadas und Mexikos wurden die Vorschläge zur Wiederherstellung des vollberechtigten Silbergeldes angenommen, die insbesondere die Verwendung von Silber bei den Deckungsrücklagen der Zentralbanken und die Wiederherstellung des „natürlichen Anspruchs“ von Silbergeld als Scheidemünze vorsehen.

Die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Roggen, Weizen, Weizenmehl, Weizenkleie, Futtergerste, Brauergerste, Hafer, Butter, Butterfett, Röhre, Eier) betrug im Monat April 1933 975 917 Dtzr. (dazu noch 40 494 nach Stück berechnete Eier) im Gesamtwert von 15 906 000 Mark; in den ersten vier Monaten dieses Jahres 4 224 149 Dtzr. (dazu 567 823 nach Stück berechnete Eier) im Gesamtwert von 91 489 000 Mark.

Zusammenlegung bei Bemberg 21. Die bekannten Kunstseidenfabriken J. B. Bemberg AG., Wuppertal, werden zur Vereinfachung der Bilanz das 40 Millionen betragende Aktienkapital auf 20 Millionen zusammenlegen.

Wirt. Metallwarenfabrik. Der am 10. Juni stattfindenden Hauptversammlung wird eine Herabsetzung des Aktienkapitals von 15 auf 11,25 Millionen Mark vorgeschlagen.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse. Ein der heutigen Industrie- und Handelsbörse notierten Baumwollgarns: engl. Troffel Warp- und Vincops Nr. 20 1,47-1,51, Nr. 30 1,53 bis 1,87, Nr. 36 1,90-1,94, Vincops Nr. 42 2,00-2,04 M. d. R.; Baumwollgewebe: Cretonnes 29,5-30,5, Renforceds 28,5-29,5, glatte Cattans oder Croises 22,25-23,25 M. d. R. Nächste Börse: Mittwoch, 14. Juni 1933.

Wlgauer Butter- und Käsebörsen Kempten, 17. Mai. Wollereibutter 1. Qualität 118 (102) 2. Qualität 106 (90); Verkauf: lebhafte Nachfrage; Rahmeinkauf bei 43 Fetteinheiten ohne Buttermilchrückgabe 118 (102); Weichkäse 20 v. H. Fettgehalt (grüne Ware) 17-19; Verkauf ruhig; Wlgauer Emmentaler 45 v. H. Fettgehalt 1. Qualität 72-77 (uno), 2. Qualität 63-68 (uno); Verkauf normal.

Märkte

Pforzheimer Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 8 Ochsen, 8 Röhre, 46 Rinder, 26 Ferkel, 161 Röhre, 373 Schweine. Preise: Ochsen a 27-29, b 24-26, Ferkel a 27, b und c 25-23, Röhre a 22, b und c 18-12, Rinder a 30-32, b 25-27, Röhre b 43-45, c 38 bis 42, Schweine b 39-40, c 37-39 M.

Viehpreise. Eilmengen: 1 Paar Ochsen 735-830, 1 Paar Jungtiere 550, trächtige Röhre 360-480, Kalbweib 276-350, Röhre 190 bis 270, Milchröhre 210-330, Jungvieh 70-160 M. — Gaidhof: Ferkel 240-432, Röhre 131-361, Jungvieh 70-280 M. — Reutlingen: Ochsen 315-400, Röhre 180-400, Kalbweib 250-450, Rinder 70-250, Pferde 300-1000 M.

Schweinepreise. Bauhau a. H.: Milchschweine 21-25 M. — Schingen-D: Ferkel 20-24, Käufer 40-42,50, Mutterchweine 110 bis 140 M. — Eilmengen: Milchschweine 15-23, Käufer 27,50-35 M. — Niederstellen: Milchschweine 17-22,50 M. — Oberstellen: Milchschweine 18-23 M. — Waldsee: Milchschweine 18 bis 23 M. Weikersheim O. H. Mergentheim: Milchschweine 16-21 M. Winterkesselstadt O. H. Waldsee: Ferkel 20-25, Käufer 30 M. — Reutlingen: Milchschweine 13-27, Käufer 36-40 M. — Spaltingen: Milchschweine 17,50-20 M.

Stuttgarter, 17. Mai. Häute- und Fellektion. Ein der heutigen Wirt. Häute- und Fellektion wurden für das Wirt. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute: 30-49 Pfd. 32,75 bis 38 M., 50-59 Pfd. 34,75-38,25 M., 60-79 Pfd. 40-44,25 M., 80-99 Pfd. 38,50-40,50 M.; Ochsenhäute: bis 29 Pfd. 32,25 M., 30-49 Pfd. 35 M., 50-59 Pfd. 34,25-38 M., 60-79 Pfd. 37 bis 42,50 M., 80-99 Pfd. 35-39 M., 100 und mehr Pfd. 36-44 M.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 38,25 M., 30-49 Pfd. 51,25-55,75 M., 50-59 Pfd. 41-46 M., 60-79 Pfd. 44-46 M., 80 und mehr Pfd. 40 M.; Bullenhäute: bis 29 Pfd. 33,50 M., 30-49 Pfd. 36-40 M., 50-59 Pfd. 34-36 M., 60-79 Pfd. 30-35 M., 80-99 Pfd. 29 M., 100-119 Pfd. 25,25-27 M.; Schafhäute 25-27 M.; Kalbfelle: bis 9 Pfd. 50-66 M., 9,1-15 Pfd. 55-64 M., 15,1-20,1 und mehr Pfd. 50,75 M.; Schafsalzfelle 36 M., Ferkelfelle 21 M., Schafsfelle 24 M. Bei gutem Verlauf und lebhafter Tendenz gingen Kalbfelle und Großviehhäute zu meistlich gebilligten Preisen aus dem Markt. Es wurde alles verkauft. Nächste Auktion: 14. Juni.

Das Wetter

Der Luftdruck steigt wieder an, so daß für Freitag und Samstag ziemlich freundliches, wenn auch noch nicht ganz befriedigendes Wetter zu erwarten ist.

Gelehrte: Adolf Wader, Senfentischler, 42 J., Schwann / Katharine Wirt geb. Wirt, 79 J., Klosterreichenbach / Anna Wirt, geb. Hammer, 62 J., Gengenhausen / Katharine Wirtentisch, Waldborf.

